

Hans G. Nutzinger

ÖKOLOGIE UND ÖKONOMIE IN DER "DISKUSSIONSGRUNDLAGE"

1. Zur Einführung

Der von den beiden Kirchen Deutschlands in Gang gesetzte Diskussions- und Konsultationsprozeß zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in unserem Lande, der ausdrücklich auch Nichtchristen in den Dialog mit einbezieht, verdient grundsätzliche Anerkennung und Beachtung; daß sich die beiden beteiligten Kirchenleitungen dabei gleichsam das "letzte Wort" vorbehalten haben, erscheint gleichfalls als grundsätzlich wenig problematisch, da ja die endgültige Stellungnahme namens und in Verantwortung der Kirchen abgegeben wird.

Der Konsultationsprozeß leistet zugleich einen wichtigen Beitrag zur politischen Kultur in unserem Lande. In diesem Sinne ist der vielfach geäußerten Meinung zuzustimmen, daß "der Weg das Ziel ist": Die vom Impulspapier ausgelöste breite gesellschaftliche Diskussion von Christ(inn)en und Nichtchrist(inn)en in verschiedenen gesellschaftlichen Zusammenhängen stellt zweifellos einen Wert für sich dar. Verhängnisvoll allerdings wäre es, wenn die offizielle Politik mit einem begütigend schulterklopfenden "Das habt ihr schön gemacht" die Ästhetik des Diskussionsprozesses zum Anlaß nehmen würde, selbst keine praktischen Folgerungen aus dieser Konsultation zu ziehen. Es kommt also darauf an, den Übergang von der Ebene allgemein akzeptierter Werte zu entsprechenden Handlungsorientierungen zu finden, wobei zu berücksichtigen ist, daß sich die Kirchen bei praktischen Politikempfehlungen mit den Funktionszusammenhängen moderner Wirtschaft und Gesellschaft auseinandersetzen haben und insofern kein theologisches "Prae" gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen oder dem Sachverstand der Experten beanspruchen können.

Daß die vorgestellte Diskussionsgrundlage - basierend auf den drei Optionen für die Schwachen, für eine soziale Friedensordnung und für eine soziale Gestaltung der Zukunft in der einen Welt - einen beachtlichen Problemaufriß liefert, steht außer Frage. Hervorzuheben ist hierbei insbesondere der Umstand, daß in der Stellungnahme die

immer schwierige Balance, ja Gratwanderung zwischen utopischem Wunschdenken einerseits und vorschneller Akzeptanz vermeintlicher oder auch tatsächlicher Sachzwänge andererseits im wesentlichen und jedenfalls im Grundsatz geglückt erscheint. Gewiß, im Detail wird man - je nach Standpunkt und Blickwinkel - das eine oder andere unterschiedlich sehen, sich mehr Mut zur Perspektive der Veränderung oder aber auch umgekehrt mehr Realitätssinn im Hinblick auf konkrete Gestaltungsmöglichkeiten wünschen; aber insgesamt erscheint hier ein tragfähiges Gleichgewicht zwischen Funktionsnotwendigkeiten und Veränderungspotentialen erreicht.

Eine Stärke der "Diskussionsgrundlage" ist die immer wieder zu Recht betonte Priorität des Menschen gegenüber sozialen Zweckordnungen, nicht zuletzt deswegen, weil in der öffentlichen Diskussion zu oft vergessen wird, daß die Wirtschaft dem Menschen zu dienen hat - und nicht umgekehrt. Das heißt aber auf der anderen Seite nicht, daß die Analyse ökonomischer Funktionszusammenhänge durch ethische Postulate suspendiert oder gar substituiert werden dürfte. Im Sinne von Arthur Rich (1987) kommt es darauf an, das *Sachgemäße* und das *Menschengerechte gleichzeitig* zur Geltung zu bringen, denn beide sind aufeinander angewiesen.

2. Eine annotierte Liste kritischer Punkte

Nach soviel Zustimmung zu dem allgemeinen Vorhaben soll auf einige Schwächen des Textes hingewiesen werden, die bereits in der bisherigen Diskussion teilweise hervorgehoben worden sind, im folgenden aber am Beispiel der Ökologie besonders verdeutlicht werden sollen:

- Nach dem Grundsatz "Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen" wird auf zahlreiche Problembereiche und besonders krasse und defizitäre Themen und Fälle hingewiesen (leider nicht auf alle, so fehlt z.B. der Bereich "informelle Wirtschaft" nahezu völlig, und so sind die Themenfelder "internationale Wirtschaftsbeziehungen" und "Frauen" deutlich "unterbelichtet"), jedoch werden diese Bereiche und Themen nur wenig systematisch entwickelt und zuwenig miteinander in systematische Beziehung gesetzt. Die so entstandene "Problemliste" könnte in mancher Hinsicht zwar noch erweitert werden, leidet aber vor allem darunter, daß wahrscheinliche substitutive und komplementäre Beziehungen zwischen den einzelnen Aspekten im Sinne einer Abwägung kaum thematisiert werden.
- Noch gravierender erscheint die Tatsache, daß bestimmte Einsichten - etwa über "Bewahrung der Schöpfung" (vgl. Abschn. 3.5) - bemerkenswert konsequenzenlos

für andere Teile der Diskussionsgrundlage bleiben, so daß die Gefahr der Beliebigkeit einerseits, ernsthafter innerer Widersprüche andererseits gegeben ist.

- Die Anordnung verschiedener Argumentationsstränge erscheint wenig systematisch; man gewinnt den Eindruck, daß hier verschiedene Bearbeiter(innen) relativ unverbunden an Teilaspekten gearbeitet haben, die dann vermittels EDV-Technik oft nur im formalen Sinne miteinander verknüpft wurden.
- Auch die oftmals oberflächlich erscheinende theologische Fundierung normativer Forderungen hat negative Konsequenzen für die wahrgenommene Ernsthaftigkeit und Stringenz der vorgetragenen Postulate.

3. Visionen von Wirtschaftsordnungen

Die "Diskussionsgrundlage" betont - hierin ähnlich der EKD-Denkschrift "Gemeinwohl und Eigennutz" (1991) - die grundsätzliche Gleichgewichtigkeit der Komponenten *sozial* und *wirtschaftlich* im Konzept der *Sozialen Marktwirtschaft*. Dieser Sichtweise möchte ich prinzipiell zustimmen, aber eine Balance zwischen drei Begriffen, nämlich den beiden bereits genannten und der Dimension *ökologisch*, einfordern.

Wie die bisherige Diskussion gezeigt hat, beruht eine konservativ-wirtschaftsliberale Kritikrichtung der "Diskussionsgrundlage" auf einer Wahrnehmung von Sozialer Marktwirtschaft, die ich als *Kostgängermodell* kennzeichnen möchte: Danach muß der grundsätzlich als stabil und produktiv vorausgesetzte (markt-)wirtschaftliche Bereich erst die Überschüsse erwirtschaften, aus denen der staatliche und soziale Sektor als "Kostgänger" der Wirtschaft finanziert werden kann. Nach dieser Sicht der Dinge erdrosselt der Sozialstaat die Marktwirtschaft. Dementsprechend sind eher Senkung der Staatsquote und Sozialabbau als der vom Impulspapier empfohlene Umbau des Sozialstaates angesagt.

Auf der anderen Seite existiert eine Sicht der Sozialen Marktwirtschaft, die man als *Zähmungmodell* bezeichnen könnte; in dieser Perspektive wird das sozial und ökologisch destruktive Potential des "Kapitalismus" hervorgehoben, das einer beständigen Zähmung durch den eher zu erweiternden als zu verringernden Sozialstaat bedürfe. Die aus dieser Sicht resultierenden Kritikpunkte und Handlungsempfehlungen hinsichtlich des Impulspapiers gehen zumeist in eine genau entgegengesetzte Richtung. Eine ebenso wichtige wie schwierige Aufgabe des Konsultationsprozesses besteht da-

her vor allem darin, die Relativität derartiger Einschätzungen deutlich zu machen und zu einem *praktischen Konsens* jenseits normativer Vor-Orientierungen beizutragen.

4. Ökologie als Querschnittsaufgabe

4.1 Vorbemerkung

Der Bereich Ökologie unterscheidet sich von manchen anderen Problemfeldern der Diskussionsgrundlage vor allem dadurch, daß er nicht einen zusätzlichen, quasi additiv hinzufügbaren Problembereich darstellt, sondern vielmehr einen durchgängigen Aspekt, eine Art *Querschnittsaufgabe*, der prinzipiell in allen Aufgabenfeldern zur Geltung kommen müßte. Ich möchte dies im folgenden im Anschluß an eine Analyse von Angelika Zahrt (in Nutzinger/Teichert/Zahrt, ZEE 2/1995) am Verhältnis Ökologie und Ökonomie zeigen.

4.2 Grundsätzliches

Seit der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung in Rio 1992 ist "sustainable development" oder "nachhaltige Entwicklung"¹ zum Leitbegriff einer zukunftsorientierten Politik geworden, die ökonomische, soziale und ökologische Entwicklung als innere Einheit sieht. "Dauerhafte Entwicklung schließt sonach eine umweltgerechte, an der Tragkapazität der ökologischen Systeme ausgerichtete Koordination der ökonomischen Prozesse ebenso ein wie entsprechende Ausgleichsprozesse zwischen den in ihrer Leistungskraft immer weiter divergierenden Volkswirtschaften" (S. 1). Diesen Erkenntnissen des Sachverständigenrats für Umweltfragen in seinem Umweltgutachten 1994 *Für eine dauerhaft-umweltgerechte Entwicklung* wird die Diskussionsgrundlage nur eingeschränkt gerecht.

Schon die Titelgebung *Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland* zeigt, daß die ökologische Lage hier nicht gleichermaßen im Blick ist. Dabei müßte sich unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit aus dem Ziel der dauerhaften Erhaltung der Lebensgrundlagen unter ökologischen Rahmenbedingungen der Raum für die wirtschaftliche und z.T. auch die soziale Entwicklung bestimmen. *Nachhaltige Entwicklung* taucht in der Diskussionsgrundlage nur im Zusammenhang mit der Situation und den Perspektiven in den Entwicklungsländern auf, nicht jedoch in den auf die Bundes-

¹ Vgl. dazu im einzelnen den Anhang zu diesem Text.

republik Deutschland ausgerichteten Kapiteln, noch nicht einmal in dem Abschnitt 3.5 *Bewahrung der Schöpfung*, wo man dieses Konzept auf jeden Fall vermuten würde.

Daß es sich hierbei nicht nur um ein läßliches Nichtaufgreifen eines zentralen Begriffs der aktuellen politischen und wissenschaftlichen Diskussion handelt, daß sich vielmehr darin die mangelnde Integration der ökologischen Problematik in der Diskussionsgrundlage widerspiegelt, das zeigt zum einen eine Analyse zentraler Begriffe, zum anderen die genauere Betrachtung der einzelnen Kapitel, die in Abschnitt 4.4 anhand einiger Beispiele illustriert werden soll. Zunächst aber soll eine Analyse zentraler Begriffe im folgenden Abschnitt 4.3 vorgenommen werden.

4.3 Zu einigen zentralen Begriffen

- Mit dem theologisch schwierigen Begriff der *Schöpfung* und ihrer *Bewahrung* wird häufig, und so auch in der Diskussionsgrundlage, nicht mit der notwendigen Sorgfalt umgegangen, denn er müßte dann wohl, wenn er tatsächlich als christliche Grundhaltung des Menschen gegenüber Gott und gegenüber seiner menschlichen und außermenschlichen Umwelt ernst genommen wird, zum strukturierenden Leitbegriff des Textes werden; dies aber geschieht nicht. Gerade weil die feierliche Rede von der *Bewahrung der Schöpfung* nicht selten die Funktion hat, die dazu erforderlichen konkreten Maßnahmen im Nebel dieser "Begriffsfestlichkeit" auszublenzen (man denke nur an den floskelhaften Gebrauch dieses Topos im Programm einer großen christlichen Volkspartei), wäre es wünschenswert gewesen, diesem Begriff, wenn man ihn schon verwendet, sowohl in seiner theologischen Fundierung als auch in seinen handlungsleitenden Konsequenzen mehr Gewicht beizumessen, als dies in der Diskussionsgrundlage geschieht.
- Ähnliches Schindluder wurde und wird in der öffentlichen Diskussion mit dem Konzept der *nachhaltigen Entwicklung* getrieben, das im Text nicht mit der "Bewahrung der Schöpfung" verbunden wird, wohin es systematisch gehören würde, sondern in Abschnitt 2.3; dort wird es aber nur im Kontext der Entwicklung der Länder der Dritten Welt thematisiert. Wenn auch der Text die heute übliche Beliebigkeit des Nachhaltigkeitskonzeptes vermeidet, geht er gleichwohl mit ihm nicht mit der gebotenen Sorgfalt um. Insbesondere müßten unterschiedliche Konzepte von Nachhaltigkeit (strikte Nachhaltigkeit im Sinne absoluten Naturerhalts, Quasi-Nachhaltigkeit im Sinne einer mindestens gleichbleibenden Nutzungsabgabe, schwache Nachhaltigkeit als Konstanz des gesamten monetär bewerteten

Natur- und Sachkapitals) im Hinblick auf ihre jeweiligen Stärken und Schwächen diskutiert werden, wenn man überhaupt auf dieses Terrain gehen will - und das allerdings erscheint "in der einen Welt", auf die man sich bezieht, in der Tat unvermeidlich.

- Im Hinblick auf die praktische Umsetzbarkeit regionaler, nationaler, großräumiger und globaler Nachhaltigkeitskonzepte sind schwierige pragmatische Abwägungen zu treffen, zu denen der Text fast gar nichts anzubieten hat. (Überhaupt wird die Abwägungsproblematik in der gesamten "Diskussionsgrundlage" ernsthaft unterbewertet.) Gerade für die erforderlichen Kompromisse sind ethische Orientierungen unverzichtbar, die aber im vorliegenden Text zu allgemein und damit wenig handlungsleitend bleiben.

4.4 Bemerkungen zu einzelnen Passagen

- In dem Abschnitt 2.1 *Die innere Einheit vollenden* wäre auch ein Hinweis darauf erforderlich, daß es gilt, die in den neuen Bundesländern vorhandenen Naturräume und naturnahen Landschaften zu schützen und nicht durch Infrastrukturmaßnahmen zu zerstören (z.B. durch die Vernichtung von Alleebäumen, den Neubau von Straßen, vor allem von Autobahnen, den Ausbau von Kanälen).
- In dem Abschnitt 2.2 über die europäische Zukunft fehlt gleichfalls, daß es nicht nur darauf ankommt, "auf diesen gemeinsamen Wertgrundlagen in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht mit neuem Denken und Handeln ein demokratisches ... Europa zu verwirklichen", sondern daß hierzu auch untrennbar die "ökologische Hinsicht" gehört, wenn nicht unter dem Primat wirtschaftlicher Effizienz das Verkehrswachstum in Europa weiter zunehmen und, dank einer verfehlten Agrarpolitik, die Artenvielfalt weiter zurückgehen soll.
- Auch in dem Abschnitt 2.3 *Verantwortung für die eine Welt* wird deutlich, daß die ökologischen Probleme nicht integriert sind, wenn etwa als Ursachen von Krisen und kriegerischen Auseinandersetzungen zwar ungerechte ökonomische und politische Verhältnisse, nicht aber ökologische Ursachen - wie z.B. der Streit um Wasserquellen und die Desertifikation - genannt werden. Außerdem fehlt eine ökologisch ausgerichtete Betrachtung des GATT.
- Auch im Abschnitt 4.2 über den *Grundwert soziale Gerechtigkeit* bleibt ein wichtiger Aspekt, nämlich die Gerechtigkeit gegenüber nachfolgenden Generationen -

ökologisch gesprochen: das Nachhaltigkeitspostulat -, unerwähnt, obwohl er an anderer Stelle durchaus auftaucht.

Die fehlende Distanz zum herrschenden Paradigma des Wirtschaftswachstums - wie es sich auch in der öffentlichen Diskussion in der weitgehenden und höchst problematischen Gleichsetzung von nachhaltiger Entwicklung und nachhaltigem Wachstum zeigt - wird an verschiedenen Stellen, so z.B. in Abschnitt 4.2, deutlich. Zwar werden die hinter dieser Zielvorgabe stehenden Vorstellungen materiellen Wohlergehens in verschiedenen Passagen kritisiert, ohne daß daraus aber entsprechende Schlußfolgerungen, wie z.B. die Revision des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes, gezogen würden. So wird zwar in dem "ökologischen Abschnitt" 3.5 *Bewahrung der Schöpfung* der Gedanke einer *ökologisch verpflichteten Sozialen Marktwirtschaft* aufgegriffen, aber im entscheidenden 4. Kapitel lediglich auf eine "Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft" abgestellt, nicht jedoch auf die gleichzeitig notwendige Erweiterung zur *ökologisch-sozialen Marktwirtschaft*. Auf die Verbindung zwischen beiden Zielsetzungen, die sich u.a. in einer Reflexion des Arbeitsbegriffs und der Einführung eines Mindesteinkommens konkretisieren könnte, geht die Diskussionsgrundlage nicht ein (zu diesem Komplex vgl. oben Abschnitt 2, erster Spiegelstrich).

Insgesamt erweckt das Dokument den Eindruck, daß die grundlegenden ökologischen "Webfehler" des Systems entweder in ihrer Tragweite nicht erkannt oder zumindest nicht ausreichend in den Gesamtkontext integriert sind. Dies ist um so bedauerlicher, als mit der Studie *Wirtschaft: Global und ökologisch* der Sachverständigengruppe *Weltwirtschaft und Sozialethik* der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe für Weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz eine Untersuchung vorliegt, deren Erkenntnisprozeß offenbar deutlich weiter fortgeschritten ist: "Bei den heute immer wieder beschworenen kritischen Zuständen handelt es sich offenbar nicht um konjunkturelle Krisen im traditionellen Verständnis dieses Terminus, sondern um eine weltweite Wertkrise und um Defekte im gesellschaftlichen Gesamtsystem, und korrespondierende Defizite in der Systemsteuerung" (S. 7). Die Sachverständigengruppe folgert hieraus, daß "Termini wie gesellschaftlicher Fortschritt, Wachstum etc. überdacht werden müssen" (S.7). Sie weist allerdings darauf hin, daß "Konflikte über kurzfristige versus langfristige ökonomische Vorteile, Konflikte über die Kostenträgerschaft der Anpassung der Ökonomie an Grundsätze des ökologischen Wirtschaftens unvermeidbar sind". Diese Konflikte aufzuzeigen und Ansätze zu einer wirtschaftlich und sozial akzeptablen Lösung zu skizzieren, hat die Diskussionsgrundlage nicht vermocht.

5. Zum Zusammenhang zwischen der Ausblendung distributiver Aspekte in der gegenwärtigen Ökonomik und Ökonomie und der einseitigen Wachstumsorientierung heutigen Wirtschaftens

(Siehe Anhang)

Literaturhinweise

Nutzinger, Hans G. (Hg.) (1995): *Nachhaltige Wirtschaftsweise und Energieversorgung*. Konzepte, Bedingungen, Ansatzpunkte. Marburg: Metropolis-Verlag

Nutzinger, Hans G./Teichert, Volker/Zahrnt, Angelika (1995): "Ökologische und informelle Defizite", in: *Zeitschrift für Evangelische Ethik*, Heft 2, S. 125-131

Rich, Arthur (1984): *Wirtschaftsethik. Band I: Grundlagen in theologischer Perspektive*. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus G. Mohn

Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (1994): *Umweltgutachten 1994*. Für eine dauerhaft-umweltgerechte Entwicklung. Wiesbaden

Sachverständigengruppe "Weltwirtschaft und Sozialethik" (1994): *Wirtschaft: global und ökologisch*. Überlegungen zu Ressourcenschonung und Umwelterhaltung. Herausgegeben von der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz

**VERTEILUNGSFRAGEN
UND INTERGENERATIONELLE GERECHTIGKEIT
IN DER ÖKOLOGISCHEN ÖKONOMIE**

Hans G. Nutzinger

1. Zur Einführung

In einem frühen Versuch zu einer zusammenfassenden Darstellung des neuentstandenen Gebiets *ecological economics* hat R. Costanza (1991) diese *Ökologische Ökonomie* zutreffend als *science and management of sustainability*, als *Lehre von der Nachhaltigkeit* charakterisiert. Indem diese neuentstandene Disziplin sich mit guten Gründen auf das Konzept der *Nachhaltigkeit (sustainability)* zentriert, nimmt sie einen Begriff auf, der in gewisser Weise der ökonomischen Tradition seit Adam Smith (1723-90) und Vilfredo Pareto (1843-1923) diametral entgegensteht, weil er gerade die von jenen Ökonomen mit guten Gründen geforderte Trennung von *Allokation* und *Distribution* ebenso grundsätzlich in Frage stellt wie die Annahme unbeschränkten Wachstums im *progressive state*.

Es sollte kein Zweifel daran bestehen, daß die Konzentration auf Allokations- und Effizienzaspekte bei gleichzeitiger Ausblendung der Verteilungsproblematik eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung ökonomischen Denkens war und insofern durchaus einen Beitrag zu wissenschaftlichem Fortschritt darstellt. Die Ökonomik, wie auch andere Einzelwissenschaften, entstand eben gerade dadurch, daß sie bewußt bestimmte Aspekte der Realität ausblendete und damit in einem reduzierten Modellrahmen zu disziplinärer Entwicklung und Erkenntnisfortschritt befähigt wurde. Es war wohl unvermeidlich, die mittelalterliche Einheit von Allokation und Distribution aufzubrechen, wie sie sich etwa im scholastischen Konzept des "pretium justum", des gerechten Preises, manifestierte (vgl. auch Daly 1992, S. 109).

Stellt nun die erneute Einbeziehung von *Verteilungsfragen* in den ökonomischen Diskurs einen Rückfall in längst überwunden geglaubtes mittelalterliches Denken dar? Ich will im folgenden argumentieren, daß es sich hierbei um etwas grundsätzlich anderes handelt, nämlich um die Notwendigkeit, die ursprünglich sinnvolle, ja vielleicht sogar

historisch notwendige Ausblendung von Verteilungsfragen nun auf einer höheren Stufe ökonomischer Reflexion wieder "aufzuheben", und zwar im bekannten dreifachen Wortsinne Hegels. So wichtig aus innerwissenschaftlichen Gründen die vorläufige Suspension der Distributionsfrage aus dem ökonomischen Denken gewesen sein mag, sie ändert nichts daran, daß Verteilungsfragen ein wesentlicher Teil unserer sozialen Realität und des Bewußtseins der Menschen auch in entwickelten Marktgesellschaften sind. Wie tief verwurzelt trotz allem methodologischem Individualismus und aller Beschränkung auf Effizienzurteile Gerechtigkeitsfragen im Bewußtsein der Menschen bis heute sind, zeigt nicht zuletzt die umweltökonomisch-ökologische Debatte, wenn etwa gegen den Einsatz ökologisch orientierter Steuern von seiten betroffener Industrien geltend gemacht wird, sie seien "ungerecht", weil sie gerade jene Sektoren belasteten, die schon in der Vergangenheit große Anstrengungen zum Schutze der Umwelt unternommen hätten und die überdies in den vergangenen Jahrzehnten wesentliche Träger unseres wirtschaftlichen Wohlstandes gewesen sein.

Worum es also - vor allem in der Ökologischen Ökonomie - geht, ist die für jede Einzelwissenschaft immer wieder neu zu stellende Frage, ob und wie es ihr gelingt, zunächst in ihren Modellen ausgeblendete Teile der Realität auf "höherem Niveau" wieder in die disziplinäre, fachwissenschaftliche Untersuchung einzubeziehen. Die in den letzten zehn Jahren entstandene *Ökologische Ökonomie* läßt sich in der Tat auch am besten als ein Versuch verstehen, diese Wiedereinbeziehung der Distributionsproblematik aus ökologischer Perspektive nicht nur einzufordern, sondern selbst zu leisten, mindestens aber entscheidend voranzubringen. Da es aber im ökologischen Diskurs nicht um Verteilung *als solche* geht, sondern um das Distributionsproblem zwischen heutigen und künftigen Generationen einerseits und den Menschen des "reichen Nordens" und des "armen Südens" andererseits, muß auch ein dritter, bisher nicht erwähnter Gesichtspunkt zur Geltung kommen, nämlich der des *Ausmaßes (scale)* der Wirtschaft, das über den physischen Naturverbrauch entscheidet.

2. Allokation, Distribution, Ausmaß

Herman E. Daly (1992) hat eine ökologisch sinnvolle Differenzierung zwischen drei zentralen Zielen ökonomischen Handelns gemacht, indem er unterschied zwischen *Allokation* als relativer Aufteilung der Ressourcenströme auf alternative Verwendungsrichtungen (Güter und Dienstleistungen) auf der einen Seite und andererseits der *Distribution* als relativer Aufteilung der Ressourcenströme, wie sie sich in den produzierten Gütern und Dienstleistungen darstellen auf unterschiedliche (heute und künftig

lebende) Menschen. Dieser wohlbekannten Zweiteilung fügt er nun noch eine dritte Komponente hinzu, nämlich das *Ausmaß* (*scale*), unter dem er den physischen Umfang des Durchsatzes versteht, den Strom von Materie und Energie aus der Umwelt als niedrigentropische Rohmaterialien und zurück zur Umwelt als hochentropische Abfälle. Man kann sich dieses *Ausmaß* als das Produkt aus Bevölkerung mal Ressourcenverbrauch pro Kopf vorstellen. Daly sieht das reale Bruttonutzenprodukt als den vielleicht besten Indikator für das Ausmaß dieses Durchsatzes. Das *Ausmaß* der Wirtschaft als Zielgröße der Wirtschaftspolitik zielt auf die Erfassung - und unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit auf die Begrenzung - des physischen Naturverbrauchs, wie er sich vor allem in der Energie- und Ressourcenintensität unseres Wirtschaftens widerspiegelt.

Während die *mainstream economics* durchaus die Existenz und die prinzipielle Berechtigung von *Distributionsproblemen* akzeptiert und diese nur aus vielerlei Gründen - vor allem aber wegen der angeblichen Unschärfe von Konzepten distributiver Gerechtigkeit - an den Rand ökonomischer Analyse gedrängt hat, ist ihr die Anerkennung vom *Ausmaß* des Wirtschaftens als selbständige Zielkategorie vollkommen fremd, ja strukturell zuwider: Für sie ist *Ausmaß* nichts anderes als ein allokatives Spezialproblem, das sich dann ergibt, wenn zuvor freie Naturgüter infolge wirtschaftlichen Wachstums knapp zu werden beginnen. Für traditionelle neoklassische Ökonomen ist das Problem "klar": Es geht nurmehr um die Bestimmung richtiger "Schattenpreise" für Naturgüter, und zwar möglichst in der Form, daß sie als reale Preise auf möglichst perfekt funktionierenden Naturgutmärkten gebildet werden. Für sie ist die Knappheit von Naturgütern in keiner Weise unterscheidbar von der Knappheit produzierter Güter, eben deswegen, weil die vielfältigen Leistungen der Natur nur als Inputs für Produktion und Konsum gesehen werden, nicht aber als eine eigenständige Lebensgrundlage menschlicher Existenz und damit als eine *Produktionsvoraussetzung* des Wirtschaftens schlechthin.

Genau an dieser Frage scheiden sich die Geister zwischen traditioneller und Ökologischer Ökonomie: Letztere betrachtet die Wirtschaft als einen - wenn auch sehr stark ausdifferenzierten und beängstigend angewachsenen - Teilbereich des Ökosystems; die *mainstream economics* sieht jedoch (wenn auch meist unausgesprochen) Natur primär als Inputlieferantin und damit das Ökosystem gerade umgekehrt als Teilbereich der Wirtschaft. Daly (1992) erkennt hier zu Recht einen grundlegenden Auffassungsunterschied, den er mit der Differenz zwischen ptolemäischem und kopernikanischem Weltbild vergleicht: So, wie nach Ptolemäus die Erde der Mittelpunkt des Universums

war, ist für die *mainstream economics* die Wirtschaft das Zentrum aller menschlichen und nicht-menschlichen Aktivitäten. Genau aus diesem Grunde vermag sie auch keinen prinzipiellen Unterschied zwischen Natur- und Sachkapital zu erkennen und entscheidet sich, sofern sie sich überhaupt mit der Nachhaltigkeitsfrage befaßt, für ein Konzept *schwacher Nachhaltigkeit* (*weak sustainability*). Es kommt nach dieser Auffassung dann nicht mehr auf den Naturerhalt als solchen an, sondern allenfalls auf den Erhalt des aggregierten Wertes von Natur- und Sachkapital, und zwar unabhängig von der Art seiner Zusammensetzung (vgl. Nutzinger, 1995, S. 249).

Konzepte wie das der *schwachen Nachhaltigkeit* lassen sich ideologiekritisch leicht denunzieren als einen Versuch, die Frage des *Ausmaßes* unter die Allokations- und Effizienzproblematik zu subsumieren und damit, um nochmals den Vergleich zu physikalischen Weltbildern heranzuziehen, als Versuch, durch Konstruktion immer neuer Epizyklen die Vorstellung gleichmäßiger Kreisbahnen zu retten. Indessen: Die ideologiekritische Aufdeckung der Schwächen neoklassischer Umwelt- und Naturbetrachtung löst noch keineswegs das konkrete Problem, wie nun Fragen der Verteilung innerhalb von Generationen und zwischen den Generationen unter dem Gesichtspunkt des Naturerhalts positiv zu entscheiden sind.

3. Inter- und intragenerationelle Verteilung *sub specie naturae*

Nach einer vielzitierten Formel der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (WCED, 1987, S. 46) ist eine Entwicklung dann als *nachhaltig* zu bezeichnen, wenn sie "die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können". Die Attraktivität dieses Konzepts nachhaltiger Entwicklung ist offenkundig, denn dadurch wird es möglich, die durchaus divergierenden Vorstellungen und Interessen heutiger und künftig lebender Menschen wenigstens begrifflich auf einen Nenner zu bekommen; wie die Diskussionen der letzten acht Jahre gezeigt haben, war der Argwohn ökologischer Ökonomen nur zu berechtigt, daß hinter diesem Formelkompromiß die realen Interessendivergenzen verschleiert werden und eine allenfalls marginal korrigierte Wirtschaftspolitik des "Weiter so!" mit dem Markenzeichen "nachhaltig" oder "dauerhaft-umweltgerecht" bemäntelt wird.

Tatsächlich ist die Weltkommission für Umwelt und Entwicklung dieser Gefahr stellenweise selbst erlegen; sie hat sich zwar zu dem Formelkompromiß der *nachhaltigen Entwicklung* durchgerungen, ihn aber inhaltlich so gefüllt, daß die Komponente der

intergenerationellen Gerechtigkeit faktisch an den Rand gedrängt wurde. Das ist natürlich bei der zwangsläufig notwendigen Besetzung dieser Kommission mit heute lebenden Vertretern heutiger Generationen aus dem "reichen Norden" und dem "armen Süden" nicht verwunderlich. Zum einen werden, trotz gelegentlicher kritischer Andeutungen, die eindeutig nachhaltigkeitswidrigen Konsum- und Wachstumsmuster der industrialisierten Volkswirtschaften zum Maßstab wirtschaftlicher Entwicklung gemacht, an dem sich auch die Länder der "Dritten Welt" bei ihren Bestrebungen um eine "nachholende Entwicklung" ausrichten, ohne daß deutliche Aussagen über die Notwendigkeit von Beschränkungen und Verzichten in den entwickelten Volkswirtschaften getroffen werden.

Noch deutlicher wird diese Tendenz in der immer wieder aufscheinenden Gleichsetzung von *nachhaltiger Entwicklung* und *nachhaltigem Wachstum*, auf die insbesondere H.-J. Harborth (1991) hingewiesen hat. Besonders auffällig wird diese Äquivokation von *sustainable development* und *sustainable growth* in nahezu hymnischen Sätzen der Weltkommission wie den folgenden:

"Die Menschheit wäre durchaus in der Lage, die Voraussetzungen für eine dauerhafte Entwicklung zu schaffen; eine Entwicklung, die den gegenwärtigen Bedarf zu decken vermag, ohne gleichzeitig späteren Generationen die Möglichkeit zur Deckung des ihren zu verbauen. Zwar schließt eine solches Konzept eines dauerhaften Wachstums Grenzen ein - doch sind dies keine absoluten Grenzen. Es sind vielmehr lediglich technologische und gesellschaftliche Grenzen, die uns durch die Endlichkeit der Ressourcen und die begrenzte Fähigkeit der Biosphäre zum Verkräften menschlicher Einflußnahme gezogen sind. Technologische und gesellschaftliche Entwicklungen aber sind beherrschbar und können auf einen Stand gebracht werden, der eine neue Ära wirtschaftlichen Wachstums ermöglicht" (WCED 1987, S. 9f.).

Diese weitgehende Gleichsetzung von *Wachstum* und *Entwicklung* ist natürlich unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten äußerst problematisch, denn es bedürfte schon heroischer Annahmen über die Grenzenlosigkeit und Ubiquität technischen Fortschritts, wenn man in einer biophysikalisch vielfach begrenzten Welt an der Schrankenlosigkeit wirtschaftlichen Wachstums festhalten wollte. Sie ist aber nicht nur Ausdruck alten ptolemäischen Denkens seit Adam Smith, das einen stationären Zustand der Wirtschaft nur als "trübe" auffassen kann.

Entscheidender ist die Tatsache, daß der Nachhaltigkeitsbegriff durch zwei starke distributive Komponenten charakterisiert ist, nämlich der Verteilungsgerechtigkeit innerhalb der heute lebenden Menschen und zwischen heutigen und künftigen Generationen, deren Einlösung unter stationären Bedingungen als aussichtsloser Kampf um

einen gleichbleibenden oder gar schrumpfenden Kuchen erscheinen muß. Die optimistischen Annahmen der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung und späterer Autoren über hohe Wachstumsraten unter den Bedingungen nachhaltiger Entwicklung kommen nicht von ungefähr: Will man aus naheliegenden politischen Gründen auf eine (schwer durchsetzbare) Umverteilung von Besitzständen "reicher Länder" zugunsten "ärmerer Länder" und heute lebender Menschen zugunsten künftiger Generationen verzichten und sich statt dessen auf die (eher durchsetzbare) Umverteilung von Bestandszuwächsen beschränken, dann bedarf es allerdings hoher Wachstumsraten, wenn man dem Ziel der Gerechtigkeit im Sinne einer Verminderung von Ungleichheit auch nur längerfristig nahekommen will. Verstärkt wird diese Wachstumsorientierung noch durch die dabei vertretene "engine of growth"-Theorie wirtschaftlicher Entwicklung, die weiterhin die Industrieländer als "Wachstumslokomotiven" der "Dritten Welt" sieht.

Genau hierin liegt die Crux von intra- und intergenerationeller Verteilungsgerechtigkeit im Konzept der nachhaltigen Entwicklung: Hohe Wachstumsraten lassen eine Umverteilung von Zuwächsen im Sinne von Gerechtigkeitszielen als politisch praktikabel erscheinen, und sie bedeuten keine Abkehr vom Pareto-Prinzip traditioneller Ökonomik, denn es kann dann "den Ärmern" und "den künftigen Generationen" mehr gegeben werden, ohne daß von "den Reichen" und "den heute lebenden Menschen" etwas genommen werden müßte. Hohe Wachstumsraten, daran kann aber trotz aller begrüßenswerten und notwendigen Effizienzfortschritte in einzelnen Bereichen kein Zweifel bestehen, sind mit einem ernstgemeinten Konzept von Nachhaltigkeit im Sinne des Naturerhalts unvereinbar, nicht zuletzt deswegen, weil in vielen Fällen durch mengenmäßige Zunahme des *Ausmaßes* per Saldo die Effizienzfortschritte pro Leistungseinheit mehr als aufgefressen werden. Das Drei-Liter-Auto, attraktives "Öko-Modell" industrialisierter Volkswirtschaften, wäre weltweit eine ökologische Katastrophe allerschlimmsten Ausmaßes.

Eines ist klar: Die Verknüpfung von Naturerhalt und inter- sowie intragenerationeller Verteilung im Konzept der nachhaltigen Entwicklung erleichtert die Aufgabe nicht. Soll aber *nachhaltige Entwicklung* nicht zum bloßen Schlagwort der 90er Jahre verkommen, so erfordert Nachhaltigkeit theoretisch und praktisch eine Abkehr vom traditionellen Wachstums- und Wohlstandsmodell und eine uns heutigen Menschen ganz ungewohnte und vielleicht unverständliche Bereitschaft zum Teilen und zum Verzicht. Aber ohne eine derartige *Suffizienzrevolution*, so schwierig und konfliktreich sie

immer sein mag, wird langfristig weder Naturerhalt noch menschliches Überleben unter menschenwürdigen Bedingungen möglich sein.

Literatur:

- Binswanger, Mathias: "Sustainable Development: Utopie in einer wachsenden Wirtschaft", in: *Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht*, 18. Jg. (1995), S. 1-19
- Costanza, R. (Hg.): *Ecological Economics. The Science and Management of Sustainability*. New York - Oxford: Columbia University Press, 1991
- Daly, Herman E.: "Allocation, distribution, and scale: towards an economics that is efficient, just and sustainable", in: *Ecological Economics*, 6 (1992), S. 185-193
- Hampicke, Ulrich: *Ökologische Ökonomie*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1993
- Hampicke, Ulrich: "Ökologische Ökonomie", in: M. Junkernheinrich u.a. (Hg.): *Handbuch zur Umweltökonomie*. Berlin: Analytica, 1995, S. 138-144
- Harborth, H.-J.: *Dauerhafte Entwicklung statt globaler Selbstzerstörung*. Eine Einführung in das Konzept des 'sustainable development'. Berlin: edition sigma, 1991
- Lembke, Hans H.: "Umweltpolitik in der Nord-Süd-Dimension - UNCED 1992 und danach -", in: *Zeitschrift für angewandte Umweltforschung*, Jg. 5 (1992), S. 322-334
- Norton, Bryan G.: "Intergenerational equity and environmental decisions: a model using Rawls' veil of ignorance", in: *Ecological Economics*, 1 (1989), S. 137-159
- Nutzinger, Hans G.: *Nachhaltige Wirtschaftsweise und Energieversorgung*. Konzepte, Bedingungen, Ansatzpunkte. Marburg: Metropolis, 1995
- Pearce, David: "Economics, Equity and Sustainable Development", in: *Futures*, Dezember 1988, S. 598-605
- WCED (Weltkommission für Umwelt und Entwicklung): *Unsere gemeinsame Zukunft*. Grevén: Eggenkamp, 1987